

Marikana für EinsteigerInnen

Oder: Was hat mein Auto mit dem Massaker von Marikana zu tun?

„Ich war gerade bei meinem Mann in Rustenburg, als die Arbeiter anfangen, für höhere Löhne zu streiken; sie forderten 12.500 Rand im Monat. Er sagte mir, sie hätten das Recht, für Lohnerhöhungen zu streiken, damit ihre Familien mit dem Nötigsten versorgt sind. Dann kam der 16. August 2012, und damit begann all mein Leid. Nie werde ich diesen Tag vergessen. Der Schmerz sitzt tief und brennt und will einfach nicht vergehen. Beim Abschied sagte er, sie gingen zu einem Treffen mit der Gewerkschaft und er hoffe, bei diesem Treffen zu erfahren, ob die Gewerkschaft sich mit [dem Platinminenbetrieb] Lonmin geeinigt hatte, ob sie am nächsten Tag wieder arbeiten könnten und wie viel mehr man ihnen bezahlen würde. (...) Auf meinem Bild habe ich auf der einen Seite die Polizisten gemalt, die meinen Mann erschossen haben. Er lag zwischen all den anderen, die auch erschossen wurden. Während ich die vielen Toten und all das vergossene Blut malte, fragte ich mich: Warum hat man unseren Liebsten das angetan?“

Agnes Makopane Thelejane



Wochenlang streiken 2012 die Minenarbeiter der Platinmine von Lonmin, der in London notierten Minengesellschaft, für bessere Löhne und akzeptable Lebensbedingungen. Die meist unter Tage arbeitenden Streikenden, die mit Bohrhammern die Steine wegklopfen und daher Rock Driller genannt werden, verdienen zu der Zeit 4000 Rand (400 €). Sie wollen mindestens 12500 Rand aushandeln, doch ihre Gewerkschaft, die NUM, weigert sich, in den Arbeitskampf zu ziehen. Das hält die Arbeiter nicht davon ab zu streiken. Ihre Lebensbedingungen in den Unterkünften an der Mine rund 100 km nordwestlich von Johannesburg sind nicht mehr zu ertragen: Seit Jahren verspricht die Betreibergesellschaft Lonmin in ihren Hochglanzbroschüren, Häuser für die Arbeiter und ihre Familien zu bauen. Doch von den angekündigten 5500 sind gerade mal drei verwirklicht worden!! Und die anhaltende Luftverschmutzung zerstört die Gesundheit der Arbeiter und ihrer Familien dauerhaft. „Nur 20 Prozent der Dividende, die Lonmin während der Jahre 2007 und 2008 auszahlte, hätten leicht dazu

ausgereicht, die versprochenen 5.500 Häuser zu bauen. Während dieser Jahre des rasch steigenden Platinpreises und der hohen Profite hätten alle gesetzlich geregelten, sozialen Verpflichtungen eingehalten und verwirklicht werden können – die adäquate Versorgung der ArbeiterInnen mit Wohnmöglichkeiten, fließend Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr, Schulen, Infrastruktur. Das Unternehmen versagte dabei vollkommen. Im Zeitraum zwischen 2007 und 2011, als Lonmin meinte, sie können sich die Hausprojekte nicht leisten, zahlte das Management 607 Millionen Dollar an Dividenden aus, und weitere 160 Millionen Dollar an eine Tochtergesellschaft mit Sitz auf den Bermuda Inseln. Während die Platinindustrie boomte, ließen sie die ArbeiterInnen vor Ort im Stich,“ schreibt der Journalist Greg Marinovich. (Aus: Greg Marinovich, Murder at small Koppje. Penguin 2016.)

Die Minenarbeiter wollen das nicht länger hinnehmen und beginnen sich zu organisieren. Doch das Management von Lonmin weigert sich, sie

anzuhören, in einigen Medien werden sie als wild Streikende diffamiert und ihre eigene Gewerkschaft distanziert sich von ihnen. Die Arbeiter ziehen sich auf einen der umliegenden Steinhügel zurück, der einzige Ort in der Umgebung, der nicht zur Mine gehört. Dort harren sie aus und versuchen unermüdlich, das Management an den Verhandlungstisch zu bekommen. Im Laufe der nächsten Tage kommen unter zum Teil ungeklärten Umständen bereits zehn Menschen ums Leben. Die Situation wird immer aufgeheizter. Die Polizei fordert sie immer wieder auf, nach Hause zu gehen und vor allem ihre „Waffen“ – Holzstöcke und Macheten – abzugeben. Inzwischen haben sich Arbeiter aus einer benachbarten Mine angeschlossen und mit ihnen auch die jüngere Minengewerkschaft AMCU. Ihr Generalsekretär, Joseph Mathunjwa, setzt sich für die Arbeiter ein, erwirkt eine Abmachung und kann die Streikenden dazu bewegen, am nächsten Morgen den Hügel zu verlassen mit dem Versprechen, dass das Management sich mit ihnen zusammen setzen wird.

Doch hinter den Kulissen ist bereits anders entschieden worden, wie später die Untersuchungskommission herausarbeiten wird: Das Management

von Lonmin – zu dem auch der Vizepräsident des ANC, Cyril Ramaphosa gehört, die südafrikanische Regierung und die Polizei haben sich darauf verständigt, unter allen Umständen den Streik aufzulösen. Dies endet blutig: Am 16. August 2012 wurden 34 Minenarbeiter in Marikana von der Polizei erschossen, weitere 78 zum Teil schwer verletzt. 270 Bergleute werden unter Mordanklage gestellt, da sie mit ihrem Streik die Polizeigewalt hervorgerufen hätten.

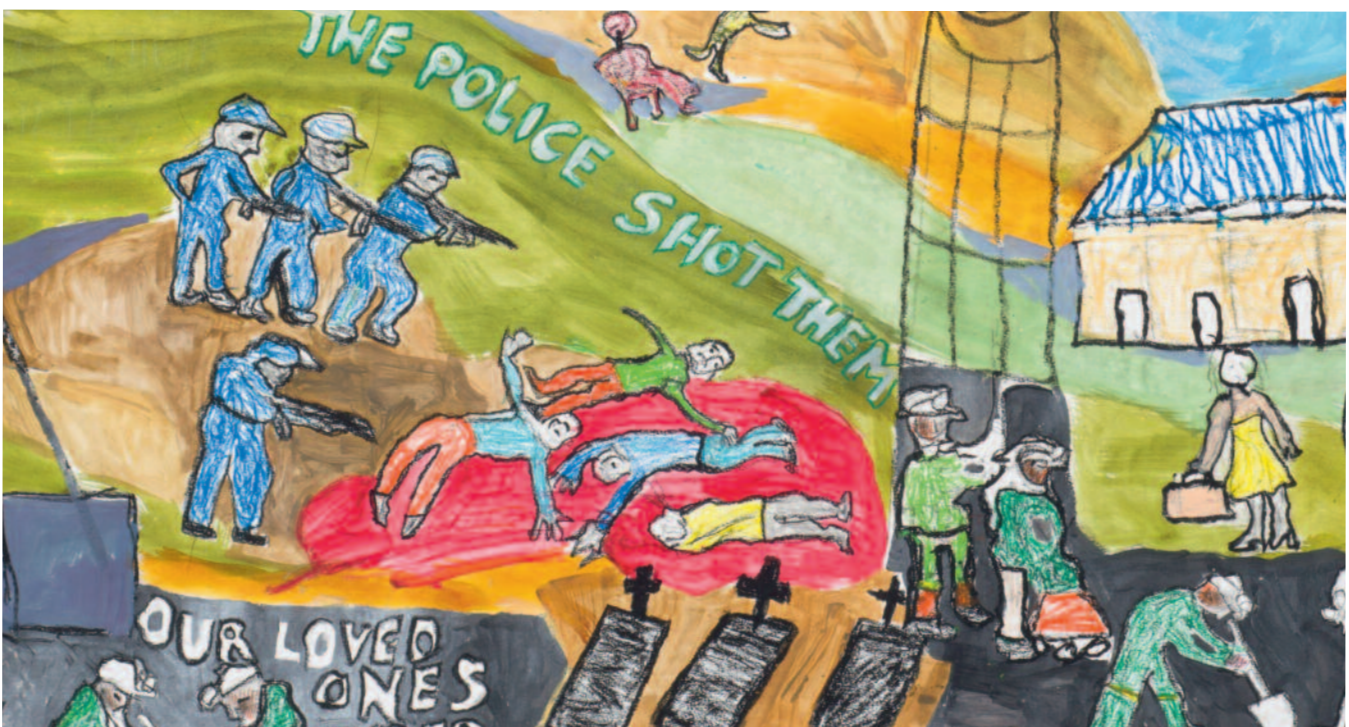
34 Familien haben keinen Ernährer mehr, 34 Frauen sind Witwen geworden. Viele von den verletzten Arbeitern sind arbeitsunfähig, ihre Familien mittellos.

Für Südafrika ist dies ein schwerer Schlag. Noch nicht mal 20 Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen lässt die neue, ANC-geführte Regierung auf Arbeiter schießen. Eine Schockwelle geht durch das Land, vergleichbar nur mit Sharpeville 1960 und dem Soweto-Aufstand von 1976. Beide Massaker hatte das Apartheid-Regime zu verantworten. Die nationalen und internationalen Reaktionen veranlassen Präsident Jacob Zuma, eine Untersuchungskommission unter Führung des pensionierten Obersten Richters

Ian Farlam einzuberufen. Sie soll innerhalb von 2 Monaten die Umstände, die zum Massaker führten, klären. Aus zwei Monaten werden zweieinhalb Jahre und erst aufgrund des erneuten öffentlichen Drucks erklärt sich Zuma bereit, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Da bereits viele Debatten der Untersuchungskommission in die Medien gelangt waren, bleibt das Ergebnis und die Schuldzuweisung, die die Kommission erteilt, weit hinter den Erwartungen der Menschen zurück. Immerhin ist nun die Mitschuld der Minengesellschaft Lonmin am Streik und somit am Massaker aufgrund ihrer Verweigerung, die Situation der Arbeiter ernst zu nehmen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern, benannt.

Was hat das mit uns zu tun?

Der Chemiekonzern BASF mit Sitz in Ludwigshafen ist Hauptkunde von Lonmin. Als solcher kauft BASF jährlich für rund 600 Millionen Euro Platin und verwandte Edelmetalle unter anderem für die Katalysatorenproduktion ein. BASF steht seit 30 Jahren mit Lonmin in einer engen Geschäftsbeziehung. Als deutsches Vorzeigeunternehmen und Gründungsmitglied des





UN Global Compact gibt sich BASF als internationaler Vorreiter in Sachen Lieferkettenverantwortung und der Definition von Nachhaltigkeitsstandards, die angeblich über gesetzliche Verpflichtungen hinausreichen. BASF verspricht Grundsätze für ein verantwortliches Handeln – z.B. Menschenrechte, Arbeitsnormen, soziale Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit – auch von seinen Lieferanten einzufordern.

Tatsache aber ist, dass BASF erst auf Drängen von Bischof Jo Seoka im April 2015 eine Stellungnahme zum Massaker von Marikana und der eigenen Verantwortung abgegeben hat. Auf Einladung einer internationalen Solidaritätskampagne hatte der anglikanische Bischof Seoka auf der Aktionärsversammlung von BASF in Mannheim diese Lieferkettenverantwortung zum Thema gemacht. Um seine Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, sollte BASF seine Verantwortung als Hauptabnehmer von Lonmin beim Wort nehmen und Letzteren tatkräftig und finanziell bei Reparationszahlungen an die Familien der im August 2012 getöteten Menschen unterstützen und sich an nachhaltigen Verbesserungen der Infrastruktur vor Ort beteiligen. Damaliger Kommentar des BASF-Vorstands: „Die Verfehlungen Lonmins sind aus der Distanz schwer zu beurteilen“.

Plough back the fruits

Mit diesem Einstieg in die deutsche Debatte nahm die Kampagne zur Unterstützung der Minenarbeiter und der Hinterbliebenen Fahrt auf. Für die BASF-Hauptversammlung 2016 wurde eine größere Delegation zusammengestellt, die in Österreich, der Schweiz, Berlin und Mannheim über die Verbindung zwischen Rohstoffhandel, Menschenrechtsverletzungen und unsere politische und soziale Verantwortung aufklären wollte. Mit dabei waren zwei Vertreterinnen der Khulumani Support Group, ein Zusammenschluss von Opfern und Überlebenden von Apartheidverbrechen, die sich mit Traumaworkshops um die Hinterbliebenen gekümmert hatten, zwei Vertre-

terinnen der Witwen von Marikana sowie wieder Bischof Seoka.

Die Witwen hatten in ihren Workshops mit Khulumani auf großen Leinwänden ihr Leiden und Leben dargestellt. Mit diesen Bildern hatte die KASA bereits eine Wanderausstellung konzipiert. Jetzt waren die Originale in Wien zu sehen und die Ausstellungseröffnung bildete den Startpunkt der groß angelegten Kampagne. Einer der Höhepunkte war ein Fernsehbeitrag im ARD-Magazin Panorama am Vorabend der Hauptversammlung.

Vorhersehbar enttäuschend war die – dieses Mal besser vorbereitete – Reaktion des BASF-Vorstands und Aufsichtsrats auf die Reden sowohl des

„Wir sind heute hierhergekommen um mit Ihnen zu sprechen und Ihnen davon zu erzählen was am anderen Ende Ihrer Lieferkette passiert. Wir fragen Sie, was sie unternehmen werden, dass Lonmin die weiterhin offenen Probleme, die zu dem Streik vor vier Jahren führten, endlich entschieden angeht: Weiterhin werden Löhne bezahlt, die Familien unter dem Existenzminimum vegetieren lassen. Weiterhin lebt die Mehrheit der ArbeiterInnen und ihrer Familien in Slums. In Ihren letzten Statements sind all diese Fragen nicht behandelt. Und solange diese Fragen nicht beantwortet sind, kann es keine Lösung geben. Wir sagen: Plough back the fruits! Geben Sie uns unsere legitimen Anteile am Reichtum zurück!“

Auszug aus der Rede von Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane während der AGM von BASF 2016

Bischofs als auch der Witwen: „Wir leisten unseren Beitrag, indem wir ein guter Partner sind für Lonmin, indem wir sicherstellen, dass Lonmin unseren Ansprüchen künftig auch weiterhin gerecht werden kann.“

Die Kampagne forderte vom Bilanzgewinn acht Millionen Euro abzuziehen und die Dividende entsprechend zu kürzen. Diese Summe soll dann in einen Hilfsfonds fließen, der die Hinterbliebenen in ihrer akuten finanziellen Not unterstützt.

Was hat sich verändert?

Auch wenn BASF es nicht öffentlich zugibt, scheinen sie den Druck auf Lonmin erhöht zu haben. Die Häuser sind aber immer noch nicht gebaut, das Trinkwasser ist nicht besser geworden und die Luft ebenfalls nicht. Es ist auch nicht sichtbar, dass hieran gearbeitet werden würde.

Die Witwen haben inzwischen Arbeit in der Mine von Lonmin erhalten, oft sogar unter Tage wie ihre Männer. Doch das ist ein Hohn: die Witwe muss für ihre Witwenrente beim Arbeitgeber ihres Mannes arbeiten? Ihre Häuser sind verwaist, denn auch die Kinder sind im Internat. Die Familien haben keine Heimat mehr und ein Familienleben ist nicht mehr möglich. Nach wie vor sind die Mordanklagen gegen die Minenarbeiter anhängig. Die Justiz berief sich dabei auf ein

Gesetz aus der Zeit der Apartheid, dem zufolge bei einer Schießerei unter Beteiligung der Polizei alle vor Ort festgenommenen Menschen angeklagt werden. Die Anklagen wurde 2012 ausgesetzt, die Arbeiter aus der Haft entlassen, aber bisher gibt es noch keine endgültige Entscheidung.

Wie geht es weiter?

Auch 2017 wird wieder eine Delegation aus Südafrika auf der Hauptversammlung von BASF auftreten. Vorher soll das Gespräch mit Parlamentariern und Gewerkschaften gesucht werden. Denn neben einer internationalen Solidarität mit den Arbeitern und ihren Familien, ist nur durch einen erhöhten Druck aus diesem Spektrum mit längst überfälligen gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die Lieferkettenverantwortung zu rechnen. Am Beispiel von BASF sieht man es sehr deutlich: Eine freiwillige Lieferkettenverantwortung verbessert vielleicht das Image transnationaler Unternehmen, nicht jedoch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter im Globalen Süden. Die Deutschen Gesetzgeber sind aufgefordert, die Freiwilligkeit und damit Unverbindlichkeit der Lieferkettenverantwortung zugunsten gesetzlicher Standards aufzugeben und diese entsprechend zu implementieren, um deutsche Unternehmen zu zwingen, sich auch im Ausland an menschenrechtliche Standards zu halten.

Bild: Witwen von Marikana, Februar 2016

Herausgegeben von:
 KASA – Kirchliche Arbeitsstelle
 Südliches Afrika
 Simone Knapp
 Im WeltHaus Heidelberg
 Willy-Brandt-Platz 5
 69115 Heidelberg
 Telefon: (06221) 4 33 36-16
 Telefax: (06221) 4 33 36-29
 E-Mail: kasa@woek.de
 www.kasa.de
 www.basflonmin.de

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL
 im Auftrag des BMZ

